

11. Mai 2011

Pressemitteilung**CDU kritisiert Änderung der Flugrouten
ohne angemessene Beteiligung der Betroffenen**

„Seit einigen Wochen hat der Fluglärm über Bad Soden in Folge der geänderten Flugrouten deutlich zugenommen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wenden sich an uns und machen ihrem verständlichen Unmut Luft. Aus unserer Sicht ist es absolut unverständlich, dass die Flugrouten geändert wurden, ohne die Bevölkerung oder die Gremien der betroffenen Städte und Gemeinden zu beteiligen oder auch nur über die Hintergründe und Auswirkungen zu informieren“. Mit diesen Worten kommentiert der Vorsitzende der CDU Bad Soden Marcus Mann den gestiegenen Fluglärm über Bad Soden.

Vor diesem Hintergrund begrüßt es die CDU, dass Bürgermeister Altenkamp die Initiative für eine entsprechende Informationsveranstaltung ergriffen hat. Da Bad Soden nicht als einzige Kommune betroffen ist, ist die vorgesehene gemeinsame Veranstaltung mit Schwalbach, Sulzbach, Liederbach und Eschborn eine vernünftige Entscheidung. Da sich die Routen derzeit noch im Probetrieb befinden, ist es wichtig, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger die Informationsveranstaltung am 31. Mai 2011 um 20 Uhr im Bürgerhaus Schwalbach besuchen und damit dokumentieren, dass sie deutlich gestiegenen Belastungen ausgesetzt sind.

Unverständlich ist allerdings, dass die verantwortliche Behörde für die Festlegung der Flugrouten, die Deutsche Flugsicherung, die Teilnahme an einer Informationsveranstaltung abgelehnt hat. Daher fordert die CDU den Magistrat auf, bei der Flugsicherung darauf hinzuwirken, dass zumindest die Stadtverordneten die Möglichkeit bekommen, die Interessen der Stadt Bad Soden und ihrer Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Flugsicherung zu äußern, damit die Flugsicherung ein möglichst komplettes Bild von der Lage der betroffenen Kommunen erhält.

Marcus Mann: „Zwar profitieren wir zweifelsohne in vielfacher Hinsicht von der Nähe zum Frankfurter Flughafen. Ein Gutteil unserer Wirtschaftskraft beruht darauf. Und natürlich müssen auch die Lasten, die von einem Flughafen zwangsweise ausgehen, innerhalb der Region verteilt werden. Doch ist die Vorgehensweise, eine Änderung ohne Beteiligung und Information der betroffenen Kommunen vorzunehmen, äußerst fragwürdig und wird von uns so nicht hingenommen. Wir fordern die Behörde auf, alle von der Lärmbelastung betroffenen Kommunen nun möglichst schnell und umfassend über die Gründe der Änderung der Flugrouten und über evtl. geplante weitere Änderungen zu informieren. Insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Inbetriebnahme der neuen Landebahn erwarten wir eine bessere Informationspolitik!“